



BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

BMF - I/4 (I/4)
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

An das
Bundesministerium für Gesundheit, Familie
und Jugend
Radetzkystraße 2
1030 Wien

Sachbearbeiter:
Mag. Hans-Jürgen Gaugl
Telefon +43 (1) 514 33 501164
Fax 01514335901164
e-Mail Hans-Juergen.Gaugl@bmf.gv.at
DVR: 0000078

GZ. BMF-111303/0017-I/4/2008

**Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das EWR-Psychologengesetz geändert wird;
Stellungnahme des BMF (Frist: 18.04.2008)**

Das Bundesministerium für Finanzen beeht sich, zu dem mit Schreiben vom 27. März 2008 unter der Zahl BMGFJ-93400/0030-I/B/7/2008 übermittelten Hinweis auf den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das EWR-Psychologengesetz geändert wird, wie folgt Stellung zu nehmen:

Unbeschadet der mit dem gegenständlichen legistischen Vorhaben verfolgten inhaltlichen Zielsetzungen wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 14a BHG im Zusammenhang mit den Richtlinien des Bundesministers für Finanzen zur Anwendung des Standardkostenmodells (Standardkostenmodell-Richtlinien) zu sämtlichen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen zu ermitteln ist, ob damit Informationsverpflichtungen berührt werden, welche Verwaltungskosten für Unternehmen auslösen. Diese sind zutreffendenfalls darzustellen und zu dokumentieren. Hinsichtlich der Darstellung wird auf das Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 6. November 2007, GZ BKA-600.824/0005-V/2/2007, betreffend die Darstellung der Auswirkungen von Rechtsetzungsvorhaben verwiesen, darüber hinaus sind die Auswirkungen auf die Verwaltungslasten für Unternehmen in der Datenbank BRIT zu dokumentieren.

In diesem Sinne wird ersucht, die in den Materialien zu gegenständlichem Entwurf aufgenommenen ansatzweisen Ausführungen zu den Verwaltungskosten für Unternehmen

unter Beachtung oben genannter Ausführungen zu vervollständigen und das Bundesministerium für Finanzen darüber noch vor der Setzung der weiteren Schritte im legisistischen Prozess in Kenntnis zu setzen. Dem Präsidium des Nationalrates wurde die Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen zum gegenständlichen Entwurf in elektronischer Form zugeleitet.

14. April 2008

Für den Bundesminister:
Mag. Hans-Jürgen Gaugl
(elektronisch gefertigt)